

Fragen

**für die Fragestunde der 107. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. Mai 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Ernst-Reinhard (Reutlingen) (CDU/CSU)	5, 6	van Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	36, 37
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	59, 60	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	49, 50
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	17	Leibrecht, Harald (FDP)	29, 30
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	20	Lenke, Ina (FDP)	11, 12
Fischer, Hartwig (Göttingen) (CDU/CSU)	44, 45	Lensing, Werner (CDU/CSU)	57, 58
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	52, 53	Lietz, Ursula (CDU/CSU)	7, 8
Funke, Rainer (FDP)	4, 35	Löning, Markus (FDP)	33, 34
Girisch, Georg (CDU/CSU)	23, 24	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	15, 16
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	47, 48	Obermeier, Franz (CDU/CSU)	21, 22
Gönner, Tanja (CDU/CSU)	27, 28	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	55, 56
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	51, 54	Pau, Petra (fraktionslos)	2, 3
Haibach, Holger (CDU/CSU)	25, 26	Schmidt, Christian (Fürth) (CDU/CSU)	9, 10
Haupt, Klaus (FDP)	18, 19	Sehling, Matthias (CDU/CSU)	40, 41
Heinrich, Ulrich (FDP)	31, 32	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	64, 65
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	61	Spahn, Jens (CDU/CSU)	13, 14
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	62, 63	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	38, 39
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	1, 46	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	42, 43

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Ausmaß illegaler Adoptionen guatemaltekischer und costa ricanischer Babys, insbesondere in Deutschland, und was will sie dagegen unternehmen?*) |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und
Forschung**

- | | |
|--|---|
| 2. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern und Berlin im Vergleich zum Vorjahr, und beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Ausbildungsoffensive 2004 – wie bereits im Rahmen der Ausbildungsplatzoffensive 2003 – eine hälftige Mitfinanzierung von insgesamt 14 000 Ausbildungsplätzen mit den neuen Ländern und Berlin zu vereinbaren? |
| 3. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Beschluss des viertelparitätisch mit Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Länder und des Bundes besetzten Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsausbildung vom 10. März 2004, wonach „der Hauptausschuss keine Möglichkeit sieht, den Umfang der Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Ausbildungsprogramm Ost 2004, wie von der Bundesregierung geplant, zu verringern und eine Größenordnung wie im Vorjahr von insgesamt 14 000 Plätzen für dringend erforderlich hält“? |

*) Siehe hierzu auch Frage 46.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

4. Abgeordneter
Rainer Funke
(FDP)
- Wie sehen die Pläne der Bundesregierung aus, die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Sudan wieder aufzunehmen, und in welchen Bereichen könnte die Bundesrepublik Deutschland einen herausragenden Beitrag leisten?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordneter
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
(CDU/CSU)
- Was passiert bei einer Auflösung der Reservelazarettorganisation mit dem Ärzte- und Pflegepersonal sowie mit dem gegenwärtig vorhandenen Material?
6. Abgeordneter
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
(CDU/CSU)
- Welche Einsparungsgewinne bzw. Effizienzsteigerungen erhofft sich das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) durch eine Auflösung der Reservelazarettorganisation?
7. Abgeordnete
Ursula Lietz
(CDU/CSU)
- Welche detaillierten Planungen bestehen seitens des BMVg bezüglich der Zukunft der Reservelazarettorganisation, auch im Verbund mit Organisationen des zivilen Katastrophenschutzes?
8. Abgeordnete
Ursula Lietz
(CDU/CSU)
- Ist beabsichtigt, den Katastrophenschutz bzw. die Lazarettorganisation aus dem Verantwortungsbereich des BMVg in den Verantwortungsbereich des Bundesministers des Innern zu verlagern bzw. dort die derzeit auf verschiedene Verantwortungsbereiche verteilten Kompetenzen zu bündeln?

*) Siehe hierzu auch Frage 35.

9. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU)
- Wie ist die geplante Auflösung der Reservelazarettorganisation mit der Einschätzung der gegenwärtigen Bedrohungslage durch das BMVg in Einklang zu bringen, insbesondere im Hinblick auf die Bewältigung der Folgen möglicher terroristischer Anschläge auch im Inland?
10. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass durch das BMVg interne Kritiker des Konzeptes der Reservelazarettorganisation von ihren Funktionen entbunden bzw. Druck auf sie ausgeübt wurde, und falls ja, wie oft ist dies in ähnlich gelagerten Fällen vorgekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

11. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Meldungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung, dass infolge des Wegfalls der generellen Härtefallregelung im Rahmen der Gesundheitsreform 2004 die Belegung der Mütterkurenhäuser um bis zu 50 % zurückgegangen ist (29. April 2004: www.gesundheit.de/static/news/040404082147.1c5ksrrl.shtml)?
12. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Meldung des Müttergenesungswerkes, dass Krankenkassen zur Umsetzung kurzfristiger Sparziele die Genehmigungshürden bei der Beantragung von Mütterkuren verschärfen, immer häufiger die Leistungspflicht des Rentenversicherungsträgers unterstellen und die Ablehnungsquoten bei Anträgen auf Mütterkuren regional variieren (Quelle: Papier des Müttergenesungswerks, Titel: Hürden für Mütter im Antrags- und Bewilligungsverfahren bei stationären Maßnahmen nach §§ 24 und 41 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch)?
13. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie verteilen sich die Baukosten für den Neubau des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) in Bonn auf die einzelnen Baujahre, und für welchen Betrachtungszeitraum ist in diesem Zusammenhang eine bundeseigene Neubaulösung im Vergleich zur derzeitigen Mietsituation

günstiger (vgl. Antwort des Staatssekretärs im BMGS, Heinrich Tiemann, vom 22. Januar 2004 auf meine schriftliche Frage 77 auf Bundestagsdrucksache 15/2380)?

14. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Welche vergaberechtlichen Vorschriften finden nach Ansicht der Bundesregierung Anwendung hinsichtlich des § 127 Abs. 2 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch, nach dem Krankenkassen auch Verträge mit einzelnen Leistungserbringern abschließen dürfen, und inwieweit wenden nach Kenntnis der Bundesregierung alle Krankenkassen die gleichen Vergabeverfahren und -richtlinien an?

15. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass zur Berechnung der Belastungsgrenze nach dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) bei Empfängern von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) nur der Regelsatz und keine Zuschüsse, wie etwa zu Miete, Heizkosten oder Bekleidung herangezogen werden, und trifft es zu, dass Arbeitslosenhilfezahlungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) voll zur Berechnung der Belastungsgrenze herangezogen werden?

16. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass ein Arbeitslosenhilfeempfänger, der Leistungen nach dem SGB III in gleicher Höhe wie ein Empfänger von Leistungen nach dem BSHG inklusive Zuschüsse erhält, eine höhere Belastungsgrenze nach dem GMG hat als der Sozialhilfeempfänger, und beabsichtigt die Bundesregierung, an dieser von vielen Menschen als ungleich empfundenen Behandlung etwas zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

17. Abgeordneter
**Dr. Christoph
Bergner**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Stand der Realisierung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 8 (Bahnstrecke Halle–Sangerhausen–Kassel)?

18. Abgeordneter
**Klaus
Haupt**
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung angesichts der wiederholten Bekenntnisse zum Vorrang der Ost-West-Eisenbahnkorridore im Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU – beispielsweise durch den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, und den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn, auf dem Parlamentarischen Abend am 28. Januar 2004 – die Planungseinstellung für den Ausbau der Niederschlesischen Magistrale, das ist die Bahnstrecke Hoyerswerda–Horka–Grenze zu Polen, und wie rechtfertigt sie diese Planungseinstellung angesichts der erheblichen Vorleistungen auf polnischer Seite, die dort eine Inbetriebnahme im Jahre 2007 ermöglichen?

19. Abgeordneter
**Klaus
Haupt**
(FDP)

Hält die Bundesregierung eine Einsparung von Gesamtkosten für den Streckenausbau im Abschnitt Knappenrode–Horka–Grenze Polen in Höhe von ca. 300 Mio. Euro angesichts der zu erwartenden Kosten für den Abbruch der Planungen von ca. 240 Mio. Euro (Schadenersatzforderungen, verlorene Planung, Schaden in der DB-Unternehmensplanung und Erhaltungskosten) für sinnvoll, und wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung, dass mit der Planungseinstellung die Strecke frühestens 2016, also erst neun Jahre nach dem polnischen Gegenstück, möglich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

20. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung veranlasst, um bei der Ausweisung der Natura2000-Schutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nord- und Ostsee die Zustimmung der Nachbarländer, insbesondere von den Niederlanden und Dänemark, zur Fortentwicklung der Definitionen der Habitate Riff und Sandbank zu erreichen, und welches Ergebnis wurde dabei erzielt?

21. Abgeordneter
**Franz
Obermeier**
(CDU/CSU)

Mit welchem Geheimhaltungsgrad wurde die Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Köln über die Sicherheit der Kernkraftreaktoren in Deutschland als Verschlussache (VS) eingestuft?

22. Abgeordneter
Franz Obermeier
(CDU/CSU)
- Mit welchem Geheimhaltungsgrad wurde eine dazu im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erstellte Kurzfassung als VS eingestuft?
23. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Studie der GRS in Köln über die Sicherheit der Kernkraftreaktoren in Deutschland beziehungsweise deren Kurzfassung in den Besitz eines österreichischen Abgeordneten der Grünen gelangte, und war dieser zur Entgegennahme nach den entsprechenden Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland über den Umgang mit Verschlusssachen berechtigt?
24. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)
- Wann erhielt der zuständige Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, Kenntnis davon, dass der betreffende Abgeordnete in den Besitz dieser Studie gelangte, und wurde die Studie von einem Faxgerät aus dem Leitungsbereich des BMU an diesen Abgeordneten übersandt?
25. Abgeordneter
Holger Haibach
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, eine Untersuchung zur Aufklärung der Veröffentlichung von VS-eingestuften Akten im Zusammenhang mit der GRS-Studie angeordnet, und wenn ja, zu welchem Ergebnis hat diese Untersuchung bisher geführt?
26. Abgeordneter
Holger Haibach
(CDU/CSU)
- Welche Arbeitsbereiche im BMU waren von der Untersuchung betroffen, und wie viele Personen sind überprüft worden?
27. Abgeordnete
Tanja Gönner
(CDU/CSU)
- In welcher Weise wurde die Untersuchung im BMU wegen Veröffentlichung von VS-eingestuften Akten im Zusammenhang mit der GRS-Studie vorgenommen, und mussten dienstliche Erklärungen abgegeben werden?
28. Abgeordnete
Tanja Gönner
(CDU/CSU)
- Waren auch Mitarbeiter des Leitungsbereiches von den Untersuchungen betroffen, und wenn ja, wer?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

29. Abgeordneter
Harald Leibrecht
(FDP)
- Welchen Stellenwert hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Intergovernmental Authority Development (IGAD) für den Friedensprozess im Sudan, und kann sie im Westen des Sudans vermittelnd eingreifen?
30. Abgeordneter
Harald Leibrecht
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die Afrikanische Union (AU), im Sudan sowohl in den Konflikt im Westen des Sudans einzugreifen, als auch im Nord-Süd-Konflikt zu vermitteln?
31. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des VN-Beauftragten für humanitäre Hilfe im Sudan, Mukesh Kapila, dass es sich bei den Gräueltaten in der westsudanesischen Region Darfur um Völkermord handelt, und wie beurteilt sie den alarmierenden Bericht der UNHCR-Mission im Tschad vom April 2004?
32. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(FDP)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die menschenrechtliche und humanitäre Situation der Flüchtlinge aus dem Konflikt in der Region Darfur im Westen des Sudans, welche vorwiegend in den Tschad geflohen sind, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Lage der Flüchtlinge zu verbessern?
33. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die Menschenrechtslage im Sudan zu verbessern und die Einhaltung der menschenrechtlichen Verpflichtungen des Sudans zu gewährleisten, insbesondere angesichts der Ereignisse der letzten Wochen im Westen des Sudans?
34. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)
- Hält die Bundesregierung ein militärisches Eingreifen der internationalen Staatengemeinschaft in den Konflikt im Westen des Sudans für erforderlich, um dort einen Genozid zu verhindern, und wenn ja, unter welchen Bedingungen könnte dieser Eingriff erfolgen?

- | | |
|--|--|
| 35. Abgeordneter
Rainer Funke
(FDP) | Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die menschenrechtliche und humanitäre Situation der Flüchtlinge aus dem Nord-Süd-Konflikt im Sudan, und gibt es bereits Pläne zur Rückführung der Flüchtlinge?*) |
| 36. Abgeordneter
Eckart van Klaeden
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass das Auswärtige Amt (AA) am 8. März 2004 schriftlich bei der Staatsanwaltschaft Köln nach den dort geführten Ermittlungen gegen Bedienstete des Amtes wegen des Verdachts der „Beihilfe zur gewerbsmäßigen Schleusung“ und der „uneidlichen Falschaussage“ in dem im März dieses Jahres zu Ende gegangenen Schleuserprozess vor dem Landgericht Köln angefragt hat? |
| 37. Abgeordneter
Eckart van Klaeden
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass diese Anfrage unverzüglich beantwortet wurde, und wenn ja, was wurde dem AA insoweit mitgeteilt? |
| 38. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU) | Wegen welcher Sachverhalte und Tatvorwürfe wird nach Kenntnis der Bundesregierung von der Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiter des AA ermittelt, und zu welchen Abteilungen gehörten diese zur Tatzeit? |
| 39. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU) | Welche Funktionen innerhalb der Abteilung haben diese Mitarbeiter zur tatrelevanten Zeit bekleidet, und inwieweit ist die politische Leitung des AA von den insoweit erhobenen Vorwürfen tangiert? |
| 40. Abgeordneter
Matthias Sehling
(CDU/CSU) | Muss, nachdem die Reiseschutzversicherungen nicht mehr als Nachweis für die Finanzierung des Lebensunterhalts herangezogen werden, nach geltender Weisungslage jeder Reisewillige aus den GUS-Staaten, der bei einer deutschen Auslandsvertretung ein Visum beantragt, eine individualisierte Verpflichtungserklärung vorlegen, insbesondere auch bei Touristen-Gruppenreisen, und falls nein, wie wird in diesem Fall die Haftung für den Lebensunterhalt nachgewiesen? |

*) Siehe hierzu auch Frage 4.

41. Abgeordneter
**Matthias
Sehling**
(CDU/CSU)
- Wie viele Visa wurden in den GUS-Staaten im 1. Quartal 2004 mit bzw. ohne individualisierten Verpflichtungserklärungen erteilt?
42. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung bei den bevorstehenden Regierungsverhandlungen mit Uganda die Ausarbeitung eines Friedensplans für Norduganda mit genauen zeitlichen und inhaltlichen Vorgaben für den weiteren Friedensprozess sowie die Reform des politischen Systems hin zu einer echten Mehrparteiendemokratie zum Thema machen und die weitere Vergabe von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit an konkrete Reformschritte in dieser Hinsicht knüpfen?
43. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Pläne der Regierung Ugandas bekannt, in der Umgebung der Protected Camps im Norden großflächig Land zu akquirieren, um dort Großfarmen einzurichten und damit die Camps auf Dauer zu erhalten, und wie bewertet sie diese?
44. Abgeordneter
**Hartwig
Fischer**
(**Göttingen**)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auf eine dauerhafte Befassung des VN-Sicherheitsrates mit der Situation in Nord-Uganda drängen bzw. eine EU-weit abgestimmte Beobachtungs- und Vermittlungsinitiative zwischen der Regierung Museveni und der Rebellenfraktion „Lords Resistance Army“ anregen sowie bei der Suche einer geeigneten Persönlichkeit zur Vermittlung zwischen den beiden Lagern behilflich sein?
45. Abgeordneter
**Hartwig
Fischer**
(**Göttingen**)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung der Regierung von Großbritannien, die Hilfgelder für Uganda unter Hinweis vorliegender Bedenken hinsichtlich der Höhe und Transparenz des ugandischen Militärhaushaltes einzufrieren vor dem Hintergrund der Antwort der Bundesregierung zu Frage 37 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Aktuelle Menschenrechtslage in Uganda“ (Bundestagsdrucksache 15/2939), und welche Konsequenzen zieht sie hieraus?

46. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Politik des „Plan Sur“, der die Grenze Mexikos und Guatemalas stark militarisiert hat und eine Abschiebung aller in den USA und in Mexiko aufgegriffenen Migranten in das Grenzgebiet Guatemalas vorsieht, und was will die Bundesregierung gegen diese Politik unternehmen?*)
47. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass vor knapp einem Jahr ein deutscher Konvoi ebenfalls in der Nähe von Falludscha beschossen wurde (ARD-Tagesthemen 12. April 2004), und wenn ja, welche Konsequenzen hat das AA hieraus bezüglich seiner Transportwegentscheidung gezogen?
48. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen (DER TAGESSPIEGEL, 18. April 2004), dass die Royal Jordanian Airlines auf der Strecke Amman–Bagdad regelmäßig bewaffnetes Personal transportiert, und hat die Bundesregierung geprüft, ob dieser Transportweg für das deutsche Sicherheits- und Botschaftspersonal im Irak in Frage kommt?
49. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben das AA als fach- und dienstaufsichtlich zuständiges Ressort bewogen, für den Transport der an der deutschen Botschaft im Irak einzusetzenden Sicherheitsbeamten des Bundesgrenzschutzes sowie deren Ausrüstung nach Bagdad den Land- statt den Luftweg vorzusehen, und trifft es zu, dass die Amerikaner aus Kapazitätsgründen die Mitnahme von deutschem Sicherheitspersonal auf Flügen in den Irak abgelehnt hätten, wie dies der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD, Gernot Erler, behauptet hat (Passauer Neue Presse vom 17. April 2004)?
50. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die in der Presse (www.stern.de vom 28. April 2004, 19:11 Uhr) wiedergegebene Aussage, wonach der US-Botschaft in Deutschland keine Informationen über eine Anfrage der Bundesregierung zu amerikanischer Unterstützung beim Lufttransport von Mitarbeitern und Gerät der deutschen Botschaft nach Bagdad vorliegen, und wie kann nach Kenntnis der Bundesregierung

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

Sicherheitspersonal inklusive Waffen und Gerät derzeit auf dem Luftweg nach Bagdad transportiert werden (Militärmaschinen welcher Länder bzw. welche zivilen Fluggesellschaften)?

51. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bei den Alliierten des Irak-Krieges, insbesondere den USA, dezidiert die Möglichkeit der Mitnahme von deutschen Sicherheitskräften auf dem Luftweg etwa von Deutschland aus nach Bagdad erbeten, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

52. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass bei der Entscheidung über den Aufbau des neuen Funknetzes bei den Behörden für Organisation und Sicherheit (BOS) – entgegen der Meldung in der „Financial Times Deutschland“ vom 16. April 2004 – bereits grundlegende Entscheidungen zumindest hinsichtlich der Durchführung der Ausschreibung und des reportings getroffen wurden, und wenn ja, welche?

53. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)

Welche Unternehmen sind bisher mit den genannten und etwaigen weiteren Aufgaben betraut worden?

54. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)

Treffen die in der Presse (DER TAGESSPIEGEL vom 15. April 2004) wiedergegebenen Aussagen des Pressesprechers des Bundesministers des Innern, Otto Schily, zu, dass es nicht möglich sei, mit der Sicherheitsausstattung, die die Beamten für sich brauchten, auf dem Luftweg nach Bagdad zu kommen, und wenn nein: Ist diese Aussage inzwischen dementiert worden?**)

*) Siehe hierzu auch Frage 54.

**) Siehe hierzu auch Frage 51.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

55. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Wie lange wird der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Bildende Kunst in Deutschland aufrecht zu erhalten sein, wenn sich die Bundesregierung grundsätzlich gegen eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs von Anhang H der Richtlinie 2003/0169 (CNS) des Rates zur Änderung der 6. Richtlinie 77/388/EWG ausspricht (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP „Mehrwertsteuersatz für bildende Kunst“, Bundestagsdrucksache 15/2941)?
56. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 27. April 2004 wiedergegebenen Pläne des französischen Kulturministers, Renaud Donnedieu de Vabres, die Mehrwertsteuersätze für alle Tonträger abzusenken bzw. die gesamte nationale Musikproduktion von Abgaben und Steuern zu befreien, und sieht die Bundesregierung diese Vorstöße im Einklang mit den EU-rechtlichen Regelungen?
57. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)
- Gibt es eine offizielle Stellungnahme des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), welche sich auf die Formulierungshilfe des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Berufsausbildungssicherungsgesetz (BerASichG) bezieht, in der auf Steuerausfälle hingewiesen wird (vgl. Netzeitung vom 31. März 2004), und wenn ja, wie lautet der wesentliche Inhalt dieser Vorlage?
58. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt das BMF die Steuerausfälle (reine Ausfälle ohne Gegenrechnungen z. B. durch ersparte Sozialhilfe o. Ä.) in den nächsten zwei bis drei Jahren für den Fall ein, dass die im Entwurf des Berufsausbildungssicherungsgesetzes vorgesehene Auslösung erfolgt und die in der Gesetzesbegründung genannten Fälle eintreten, dass 50 000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden und 211 450 Plätze im Leistungsausgleich gefördert werden müssen bzw. 30 000 Ausbildungsplätze geschaffen und 211 450 Plätze im Leistungsausgleich gefördert werden müssen (Bundestagsdrucksache 15/2820, S. 20)?

59. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zur Argumentation der Europäischen Kommission hinsichtlich des „statistischen Effekts“ im Rahmen der Reform der EU-Strukturfonds nach Ablauf der derzeitigen Förderperiode im Jahre 2006 (enthalten im 3. Kohäsionsbericht, 2004), und wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, den von diesem Effekt betroffenen Regionen zunächst 85 % des bisherigen Ziel-1-Förderniveaus zu garantieren und diese Quote bis zum Ende der Förderperiode auf 60 % abzusenken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

60. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg des am 31. Dezember 2003 ausgelaufenen Förderprogramms „FUTURE 2000 – Förderung und Unterstützung von technologieorientierten Unternehmensgründungen in den neuen Bundesländern und Berlin Ost“, und plant die Bundesregierung ein adäquates Anschlussprogramm zur Förderung von innovativen und technologieorientierten Unternehmen in den neuen Bundesländern?

61. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Wie viele deutsche Firmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten beiden Jahren nach Österreich abgewandert, und was will sie unternehmen, um die weitere Verlagerung deutscher Firmen, unterstützt durch die österreichische Regierung, einzudämmen?

62. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)

In welchem Umfang plant die Bundesregierung, neue Verpflichtungsermächtigungen für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) Ost und West in den Bundeshaushalt 2005 einzustellen?

63. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass von der Europäischen Union zurückgewonnene nationale Handlungsspielräume in der Regionalpolitik bei einer stärkeren Konzentration der europäischen Strukturförderung auf sog. Ziel-1-Regionen mit einer gestärkten GA unter Beteiligung des Bundes in Deutschland ausgefüllt werden müssen?

64. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)

Wann hat sich die Bundesregierung entsprechend den Ankündigungen von Mitgliedern der Bundesregierung von Ende Januar 2004 gegenüber der französischen Regierung oder/und der Europäischen Kommission (vgl. DER SPIEGEL vom 19. April 2004) in der Weise eingesetzt, dass die französische Regierung ihre Einflussnahme bei der Übernahme von Aventis durch Sanofi begrenzt oder aufgibt?

65. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)

Falls eine derartige Einflussnahme oder ein Versuch der Einflussnahme erfolgt ist, welche Regierungsmitglieder haben mit der französischen Seite beziehungsweise der Europäischen Kommission gesprochen, mit welchen Ergebnissen, beispielsweise auch im Hinblick auf eine Kompensation zu Gunsten Deutschlands in personeller oder industriepolitischer Sicht?